geradezu auffällig, wie wenig konkrete praktische Vorschläge gemacht worden sind, diesem Uebel an die Wurzel zu gehen, wenn man einmal von dem letzten radikalen Heilmittel: der Sozialisierung des Grund- und Bodens absehen will. Bekanntlich hat die deutsche Bodenreformbewegung dieses letzte Mittel aus ihren programmatischen Bestrebungen entfernt, vielen Bodenreformanhängern zur Beruhigung, manchen zum Leid. Sie verlegt ihr Schwergewicht prinzipiell und im wesentlichen auf Reformen, die durch eine Besteuerung der Zuwachsrente verwirklicht werden können. Der großen Bedeutung der Wertzuwachssteuer soll gewiß nicht zu nahe getreten werden. Aber sie allein wird niemals eine gründliche Verbesserung der Bodenbesitzverhältnisse ermöglichen. In meinem Buch „Die Wertzuwachssteuer" habe ich gesagt: „Soll die Wertzuwachssteuer in der Tat nicht nur eine Finanzquelle sein, soll die Steuer vielmehr sozialpolitische Wirkungen erzielen, so muß eine kraftvolle städtische Wohnungs- und besonders Bodenpolitik damit Hand in Hand gehen. Die wirksamste Gegenmine gegen die spekulativen Preistreibereien ist stets der Ankauf weiter Baugelände durch die Stadt und die sorgfältige Aufrechterhaltung des städtischen Besitzstandes."

In diesem Sinne faßt auch Dr. v. Mangoldt die „städtische Bodenfrage" in seinem Werke auf. „Die städtische Bodenfrage" — so sagt er — „ist im Grunde einfach die Frage nach der richtigen Verwendung des Bodens für städtische Siedelungszwecke." Für die Lösung der Frage erhebt der Verfasser vier große Forderungen als Zielpunkte: Erstens muß der Boden so behandelt werden, daß eine wirklich befriedigende städtische Ansiedelung gesichert ist, die den Kardinalforderungen der Gesundheit, der Zweckmäßigkeit und der Schönheit entspricht. Möglichst muß der Zusammenhang mit der Natur gewahrt bleiben. Zweitens muß der Ansiedelungsboden so billig wie möglich der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden, was nur dann geschehen kann, wenn die Erschließung nicht mit unnötigen Kosten belastet wird und der Boden nicht zum Werkzeuge der Ausplünderung der Massen und der ungerechtfertigten Bereicherung einzelner gemacht wird. Drittens muß die natürliche Wertsteigerung des Bodens für die Allgemeinheit nutzbar gemacht werden, und viertens muß bei dem allen auch die nötige Freiheit des individuellen Unternehmungsgeistes gewahrt bleiben.

Während die anderen Reformfragen in der Literatur schon eingehender behandelt worden sind, ist es das Verdienst des v. Mangoldtschen Werkes, mit dem Aufgebot des umfassendsten einschlägigen Materials die erste Reformmaßnahme, die Reform des Stadterweiterungssystems, untersucht und programmatisch festgelegt zu haben. Wie vor jedem, der einigermaßen unvoreingenommen das große Elend der Wohn- und Bodenverhältnisse unserer Städte betrachtet, mit ihren unabsehbaren Folgen in wirtschaftlicher, kultureller und gesundheitlicher Beziehung, so taucht auch vor dem sozial warm empfindenden Herzen v. Mangoldts die tiefernste Frage auf: Ist dieses ganze Elend nicht zu vermeiden? Er antwortet laut und vernehmlich: Ja! Denn dieses Elend ist kein unabwendbares Schicksal anwachsender Städte, sondern es ist einfach eine Folge unserer verkehrten Rechts-, Verwaltungs- und Wirtschaftseinrichtungen auf dem Gebiete der Stadterweiterung und kann, wenigstens bis zu einem ziemlich hohen Grade, durch Aenderung dieser Einrichtungen hinweggebracht und vertilgt werden. Der Fehler liegt darin: Die Stadterweiterung ist ihrer Natur nach ein öffentlich-rechtliches Geschäft, wir aber behandeln sie überwiegend als privatrechtliches Geschäft und verschlimmern die Sache dann vollends noch dadurch, daß wir uns durch ein halbes und unvollkommenes öffentliches Eingreifen in die private Regelung der Dinge um einen guten Teil auch des Segens bringen, der an und für sich der freien Konkurrenz innewohnt. Das soll heißen, daß die Stadterweiterung eine Aufgabe darstellt, die kraft der natürlichen, ihr innewohnenden Bedingungen nur dann wirklich gut und erfolgreich gelöst werden kann, wenn diese Lösung in hohem Grade, in viel höherem als heute, von den öffentlichen Körperschaften — Staat, Gemeinde oder besonderen von ihnen hierfür zu schaffenden oder zu privilegierenden Organisationen — in die Hand genommen, und wenn sie gleicherweise in hohem und viel höherem Grade als heute öffentlichen, vom Gesichtspunkte des öffentlichen Wohles diktierten Rechts- und Verwaltungsnormen unterworfen wird. Die Stadterweiterung muß überwiegend Gegenstand der öffentlichen Verwaltung und des öffentlichen Rechtes werden, statt wie heute überwiegend Gegenstand des privaten Geschäftslebens und des Privatrechts zu sein.

Mit großem Scharfsinn und in eingehender Weise belegt Mangoldt diesen Vorschlag in konkret-praktischer Weise; er zeigt die gesetzlichen und wirtschaftlichen Mittel, wie dieser Plan durchzuführen ist, und zwar von Städten aller Größe, von großen, mittleren und kleinen, von allen, die nicht in kleinmütiger Resignation oder in der Voreingenommenheit einer selbstisch interessierten Interessenvertretung dem furchtbaren Entwickelungsgange der städtischen Bodenfrage tatenlos gegenüberstehen, sondern die den vorausschauenden Blick des Politikers und das offene Herz eines sozial empfindenden Menschen besitzen, um dahin zu streben: unsere Gemeinwesen zu billiger bewohnbaren, schöneren, gesünderen „Städten der Zukunft" zu machen.

Regierung contra „Volksbildung".

Eine amtliche Hetze.

Wie uns ein Privat-Telegramm aus Liegnitz meldet, hat die dortige königliche Regierung soeben eine Verfügung gegen die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung in Berlin erlassen mit der Begründung, daß diese neuerdings eine „der christlichen Lehre und Kirche entgegengesetzte Stellung" einnehme. Die Regierung warnt vor jeder Unterstützung der Gesellschaft durch Beiträge und Bücherentnahme.

Die Liegnitzer Regierung scheint ihre Kenntnis von einer so bedeutenden Organisation, wie die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung ist, aus orthodox-reaktionären Schulblättchen, die fast unter Ausschluß der Oeffentlichkeit erscheinen, zu schöpfen. In diesen Organen und nur dort sind in der Tat Angriffe auf die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung, wie sie in der Regierungsverfügung wiederholt werden, erschienen. Die Regierung hätte sich aber an der Hand der Jahresberichte der Gesellschaft und ihrer Bücherkataloge leicht eines besseren belehren können. Der Katalog „Bücher für Volksbibliotheken", den die Gesellschaft alljährlich herausgibt, und aus dem sie im laufenden Jahre nicht weniger als etwa 130,000 Bücher an wenig bemittelte Gemeinden und Vereine, die Bibliotheken unterhalten, unentgeltlich abgegeben hat, enthält nach dem Urteil aller Sachverständigen jeder Richtung eine geradezu musterhafte Zusammenstellung unserer besten Volksliteratur.

Daneben stellt die Gesellschaft auch Bibliotheken, die weitergehende Bedürfnisse haben, Bücher aus einem kleinen Katalog für populärwissenschaftliche Wanderbibliotheken zur Verfügung. In diesem Katalog, der nur etwa 600 Bücher enthält, stehen auch einige Werke von Darwin, Haeckel, Bölsche, David Strauß, Harnack und die „Religionswissenschaftlichen Volksbücher". Diese Tatsache scheint uns den Vorwand zu jenen Vorwürfen abgeben zu sollen, die aber schon deswegen völlig gegenstandslos sind, weil die Gesellschaft ihre Bücher niemals überweist, sondern bei jeder Schenkung den Bibliotheken die freie Auswahl aus ihrem Kataloge überläßt.

Es ist bedauerlich, daß amtliche Organe den Einflüsterungen so obskurer Strömungen, wie sie in jenen Presseäußerungen zutage treten, Gehör schenken und praktisch Folge geben. Einen kulturpolitischen Lorbeerkranz hat sich die Liegnitzer Regierung mit ihrer Verfügung nicht verdient. Hoffentlich wird sie von anderer Stelle dahin belehrt, daß eine preußische Regierung im 20. Jahrhundert zu anerkannt tüchtigen gemeinnützigen Organisationen eine vorurteilsfreiere Stellung einnehmen sollte.

Badischer Landtag.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

X Karlsruhe, 25. Januar.

In der heutigen Sitzung der badischen Kammer erklärte der Finanzminister Honsel, daß die badische Regierung dem Plan auf Besteuerung des Branntweins und des Tabaks durch das Reich zustimme. Beides seien keine unentbehrlichen Lebensmittel, sondern Genußmittel. Die Regierung habe bei dem geplanten Monopol auf den Zwischenhandel mit Spiritus im Einvernehmen mit Bayern und Württemberg Anträge gestellt, um die Interessen der badischen Brennereien zu wahren. Von der Veredelung der Matrikularbeiträge und von der Erbschaftssteuer sagte der Finanzminister nichts.

Der neue Minister des Inneren, Freiherr v. Bodmann, der zum ersten Male zum Hause sprach, bestätigt durch seine Rede formell, daß sich der Regierungskurs scharf gegen die Sozialdemokratie richte.

In seiner Erwiderung auf den Angriff des Zentrumsredners bekannte Herr v. Bodmann unumwunden, daß es der Regierung nicht gleichgültig gewesen sei, wie sich das Präsidium der badischen Kammer zusammensetze. Die Sozialdemokraten hätten ausgeschaltet werden müssen. Die Regierung hatte eine Zusammensetzung in der Reihenfolge: liberaler Block, Zentrum, Konservative gewünscht. Der Minister polemisierte gegen die Sozialdemokratie. Kein Sozialdemokrat dürfe Staatsbeamter werden, wenn er auch im übrigen als gleichberechtigter Bürger anzuerkennen sei. Ihre republikanische Gesinnung habe die Sozialdemokratie bewiesen, als Badens großer Toter auf der Bahre lag. Sie verfolge oft Interessen, die mit denen des Auslandes harmonierten.

Die Ausführungen des Ministers zeigten deutlich, daß die gegenwärtige Regierung in unvorteilhaftem Gegensatz zu ihrer Vorgängerin nach Berliner Rezept zu regieren beabsichtigt.

Zur Schöneberger Stadtverordnetenwahl.

Die liberale Fraktion der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung ersucht uns um Abdruck folgender Erklärung:

Herr Kaufmann Hermann Eisenberg, der von der sogenannten „Liberalen Vereinigung" als Kandidat für die am nächsten Mittwoch stattfindende Stadtverordnetenersatzwahl im zweiten Bezirk der zweiten Abteilung aufgestellt ist, hat zur Unterstützung seiner Kandidatur an mehrere Wähler des Bezirks folgendes Schreiben gerichtet:

„Sehr geehrter Herr!

Unter höflicher Bezugnahme auf die mit Ihnen gehabte telephonische Unterhaltung gestatte ich mir hiermit die höfliche Bitte an Sie zu richten, mir am Wahltage Ihre Stimme zu geben.

Wie Ihnen aus den vielfachen Erörterungen in der Presse und den Flugblättern bekannt sein wird, stehen sich hier gegenüber auf der einen Seite der auf dem Boden der freisinnigen Volkspartei stehende Liberalismus, vertreten durch meine Fraktion und mich, und der Sozialliberalismus im Bündnis mit der Sozialdemokratie, vertreten durch die liberale Fraktion.

Ich hoffe, daß Ihre Entscheidung für das erstere und für mich fallen wird und sehe Ihrer gefälligen Zustimmung entgegen.

Hochachtungsvoll

Herm. Eisenberg."

Zu diesem Schreiben, dessen bewußt unwahrer Inhalt sich gegen unsere Fraktion und gegen unseren Kandidaten, den Universitätslehrer, Herrn Privatdozenten Dr. med. Max Rothmann richtet, haben wir kurz folgendes festzustellen:

1. Der Liberale Verein für Schöneberg mit seinen 800 Mitgliedern, den wir vertreten, ist seit zwei Jahrzehnten die Schöneberger Organisation der freisinnigen Volkspartei. Ihm gehören zum Beispiel an die unterzeichneten Herren Direktor Wetekamp, der ein Jahrzehnt hindurch freisinniger Landtagsabgeordneter für Berlin war, und Justizrat Reinbacher, der 1903 Landtagskandidat der freisinnigen Volkspartei für Teltow-Beeskow-Charlottenburg war.

2. Der „Liberale Bezirksverein für den Berliner Ortsteil von Schöneberg", der Herrn Eisenberg unterstützt, hat sich erst vor einem Monat die Bezeichnung „liberal" zugelegt und ist erst vor vierzehn Tagen der freisinnigen Volkspartei beigetreten, alles nur, um die Kandidatur Eisenberg durchzubringen! Der Verein war früher unpolitisch. Noch jetzt gehört ihm der konservativ-antisemitische Stadtverordnete Schneider an.

3. Der Landtagswahlverein der freisinnigen Volkspartei für den Landtagswahlkreis Rixdorf-Schöneberg wird geleitet von den unterzeichneten Stadtverordneten Zobel und Katz.

4. Herr Dr. med. Rothmann ist Mitglied des Wahlvereins der freisinnigen Volkspartei für den Reichstagswahlkreis Teltow-Beeskow-Charlottenburg.

5. Wir Unterzeichneten, das heißt der Liberale Verein und die Liberale Fraktion, können unmöglich mit der Sozialdemokratie im Bündnis sein, da wir ihr erst am 22. d. M. in heißem Wahlkampfe eines ihrer Mandate mit unserem Kaufmann Bismark entrissen haben. Die Fraktion des Herrn Eisenberg aber hat weder bei der Hauptwahl im November 1907 noch jetzt die Sozialdemokratie bekämpft.

Damit sind alle Behauptungen des Herrn Eisenberg widerlegt.

Den Wählern des zweiten Bezirkes der II. Abteilung aber überlassen wir die Entscheidung, ob ein Mann, der in blindem Ehrgeiz bereit und fähig ist, in leichtsinnigster Weise mit der Ehre

---

Graf Zeppelin in der Singakademie.

Die Zukunft des starren Systems.

Gestern abend hatte Berlin Gelegenheit, den Mann persönlich kennen zu lernen, dessen Name in den Sommermonaten des verflossenen Jahres wohl am häufigsten in Deutschland genannt worden ist. Graf Zeppelin erschien in der Oeffentlichkeit der Rednertribüne, derselbe Mann, der jahrelang still und bescheiden an seinem großen Werk gearbeitet hat, der sich bespötteln und verhöhnen ließ, und der nicht früher sprach, als bis er mit einer Tat allen Spöttern antworten und sie vernichten konnte.

Die Leistungen des starren Zeppelinschen Luftschiffes haben Deutschland wieder in die allererste Stufe der luftfahrenden Nationen gestellt, an einen Platz, den es bereits verloren hatte. Und wenn auch heute die vom Sturm halbzerstörte Halle bei Manzell im Bodensee ein etwas zerbeultes Luftschiff birgt, das einen ausgiebigen Winterschlaf hält, so hat man doch hier in Berlin die sommerlichen Ereignisse in dem Luftmeer über dem Bodensee noch nicht vergessen, und ein donnernder, anhaltender Applaus der den Saal der Singakademie bis auf den letzten Platz füllenden Versammlung empfing den Grafen Zeppelin, als er die Tribüne betrat. Der einstige Reitergeneral, der im Juli siebzig Jahre alt wird, trägt die kräftige Gestalt noch völlig ungebeugt. Ohne den eisgrauen Schnurrbart könnte man den Herrn mit der jovialen Glatze für einen Fünfziger halten, so frisch und voll Energie blicken die Augen unter der kräftig gewölbten Stirn, diese Augen, die doch zugleich den ernsten Blick des Denkers und den milden Ausdruck des durch Lebenserfahrungen zur Abgeklärtheit gelangten Mannes haben.

Was Graf Zeppelin über sein Luftschiff und dessen Fahrten erzählte, enthielt keine grundlegenden Neuigkeiten und konnte diese auch nicht enthalten, da die Freunde des Grafen ja den Ruhm seines trefflichen Fahrzeuges bereits in alle Lande getragen und keinen Vorzug des starren Systems verschwiegen haben. Doch es war ein fesselnder Vorgang, dieses Bekannte und auch einiges Neue aus dem Munde des genialen Konstrukteurs selbst zu hören, der, ein bedächtiger, aber nicht ungeschickter und eindrucksvoller Redner, in der Luft des Vortragssaales mit derselben Energie für seine Sache eintritt, wie im freien Luftmeer.

Interessante Zahlen gab Graf Zeppelin über die Leistungsfähigkeit seines heutigen Luftschiffes. Es ist nach seiner Behauptung imstande, sich vier Tage ununterbrochen in der Luft zu halten und in dieser Zeit mit zwölf Passagieren viertausend Kilometer zurückzulegen. Der Graf denkt, wie er zur Enttäuschung vieler Zuhörer verkündete, noch nicht daran, ein Fahrzeug für hundert Personen zu bauen, doch soll sein nächstes Luftschiff bereits imstande sein, ein Dutzend Passagiere außer der Bedienungsmannschaft für die Steuerung und die beiden Maschinen, außer dem Benzinvorrat und den mitgeführten Reparaturwerkzeugen in einem Fluge ohne Zwischenlandung von Metz nach Königsberg zu tragen. Der Graf glaubt mit vollster Bestimmtheit, die glatte Landung auf dem festen Boden in kürzester Zeit erreichen zu können, und er erklärt, daß die Fahrsicherheit in seinem Schiff die denkbar größte ist. Auch die Bequemlichkeiten, die die anderen modernen Beförderungsmittel zu Wasser und zu Lande bieten, sollen bei ihm bald nicht mehr fehlen, denn das neue Luftschiff wird bereits einen abgeschlossenen Wohn- und Schlafraum enthalten.

Graf Zeppelin glaubt mit seinem Schiff 8000 Meter Höhe erreichen zu können, doch das würde bereits eine Gewaltfahrt sein, während er bis auf 1500 Meter ohne besondere Anstrengung für seine Maschinen gelangen zu können hofft. In diesem Falle könnte man freilich nicht in gerader Linie — der diesem Beförderungsmittel ja am nächsten liegenden Luftlinie — von Berlin nach Genua gelangen, sondern müßte einen Umweg durch das Rhonetal machen. Doch welche Wunder, welche unvergleichlichen Genüsse bietet eine solche Fahrt durch die Schweiz! Der Vortragende wird zum Dichter bei der Schilderung dieser Freuden. Und er stellt eine Rentabilitätsrechnung auf für eine ständige Luftschiffstrecke Stuttgart-Luzern, die die reichen englischen und amerikanischen Reisenden gewiß lebhaft frequentieren würden.

Doch schon wendet er sich wieder den Tatsachen zu und wägt weise die Zukunftshoffnungen gegen die Schwierigkeiten, die sich seinem Unternehmen entgegenstellen, ab. Und als sein Testament, das er jetzt an der Schwelle des Greisenalters mache, legt er die Worte nieder: „Solange ich lebe und Kraft habe, wird an dem Unternehmen weitergebaut werden. Wenn ich aber davongegangen sein werde, können meine Freunde, die Erben meiner Gedanken, nicht vorwärtsschreiten, wenn das deutsche Volk nicht hilft!"

Diese Schlußworte, die aus einem sorgengepreßten Herzen tönten, rissen die Versammlung zu einer minutenlangen begeisterten Ovation für den Grafen hin. Er hatte sein Testament bereitwilligen Vollstreckern anvertraut. A. F.

Theaterchronik. Das vieraktige Berliner Familienstück „Ein kritischer Tag" von Julius Knopf geht am Freitag als Uraufführung im Theater an der Spree in Szene.

Im Trianon-Theater findet am nächsten Sonnabend die Erstaufführung von „Baron Toto" („Les Apaches"), Schwank in drei Akten von Alexandre Bisson, in der deutschen Bearbeitung von Benno Jacobson, statt.

Herr Viktor Eckhardt, Regisseur und Schauspieler am Landestheater in Linz, wurde als Held und Bonvivant an das Schiller-Theater engagiert.

Skowronneks „Panne" wurde gestern im Deutschen Theater zu Hannover mit durchschlagendem Erfolge aufgeführt. Max Walden als Röficke und Müller als Förster Arend waren vorzüglich. Sie wurden wiederholt hervorgerufen.

„Die Puppenschule", Schauspiel in vier Akten von Hans Müller, hatte gestern einem Privat-Telegramm zufolge den am Münchener Residenztheater auch bei den schlechtesten Stücken chronischen Höflichkeitserfolg. Die ganz wertlose Arbeit, die nach den Rezepten des französischen Sittendramas und Sudermannscher Theatralik zusammengebraut ist, belastet in erster Linie wieder auf das schwerste das dramaturgische Schuldkonto der Hofbühne.

Am Freitag findet am Düsseldorfer Schauspielhaus die Uraufführung des „Grafen von Gleichen" von Wilhelm Schmidtbonn, dem Dichter von „Mutter Landstraße", statt.

Ouida †. Nach einem Telegramm unseres Römischen Korrespondenten ist die englische Romanschriftstellerin Luisa de la Ramee, die unter dem Pseudonym „Ouida" weitbekannt war, hochbetagt und in größtem Elend in Viareggio gestorben.

Luisa de la Ramee wurde 1840 in Bury St. Edmunds geboren, verlor früh ihren Vater und zog mit ihrer Mutter nach London. Als sie ihren ersten Roman „Held in bondage" veröffentlichte, war sie noch minderjährig. Ihre Werke halten die Mitte zwischen dem realistischen und dem sensationellen Romanklischee. Sie hat 43 Bände geschrieben, als deren letzter „Street Dust" genannt wird. Noch vor wenigen Jahren lebte sie in glänzenden Verhältnissen.

Die Verhandlung im Münchener Literaturprozeß gegen Dr. Blei und Hans v. Weber begann nach einer Depesche unseres Korrespondenten mit einer geistvollen Verteidigungsrede Bleis, in der er den hohen Kulturwert der Erotik und den Ernst seines Strebens hervorhob. Herr v. Weber sekundierte mit kräftigen Worten. Nach den stundenlangen Ausführungen des staatsanwaltlichen Sachverständigen Professors Muncker, der jedem Stück im „Amethyst" und „Lustwäldchen" ethische Werte zusprach, scheint die Chance der Angeklagten zu steigen. Sehr unfruchtbar